



## Welche Zukunft für Audi in Brüssel?

Seite 3

# Inhalt

# Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Welche Zukunft für Audi in Brüssel?

Seite 4

Reinigungskräfte wertschätzen

Seite 5

Was halten die neuen Regierungen für die Arbeitnehmer bereit?

Seite 6

Meldungen

Seiten 7-10

Dossier: Zukunftslösungen für die belgische Industrie

Seite 11

Meldungen

Seiten 12-13

Internationale Arbeitskonferenz

Seiten 14-15

CNE Info

Seite 16

Meldungen

# Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Claudine Legros  
Liliane Louges Angela Mertes  
Jochen Mettlen Mike Mettlen  
Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.  
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers  
087/85 99 59  
pressediens@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

## ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

**Sprechstunden:** dienstags und donnerstags,  
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

**Sprechstunden:** montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

## JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)  
kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags  
8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr  
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr  
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

## JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte  
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

**Sprechstunden:** donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

**Sprechstunden:** dienstags auf Termin  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

## OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen

Montags 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

## GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

## GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



# Welche Zukunft für Audi in Brüssel?

Anfang Juli hatte Audi Brüssel bei einem außerordentlichen Betriebsrat eine Umstrukturierung des Werks in Forest angekündigt, in dem der Q8 e-tron hergestellt wird. Wenn keine Lösungen gefunden werden, stehen 3.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Konkrete Zukunftspläne oder Alternativen für das Werk hat Audi der Belegschaft nicht präsentiert, weshalb die Gewerkschaften zu einer Großkundgebung am 16. September in Brüssel aufrufen.

**K**urz vor der Sommerpause schlug die Nachricht bei den Audi-Mitarbeitern wie eine Bombe ein: Der deutsche Automobilbauer plant, die circa 3.000 Arbeitnehmer des Standortes Forest in drei Phasen zu entlassen. „Wir hatten gespürt, dass etwas im Busch war, aber damit hatten wir nicht gerechnet. Audi kündigt sozusagen die Schließung des Werks an“, erklärt Maurizio Sabatino, CSC-Hauptdelegierter bei Audi Brüssel. „Die Entscheidung, das neue Modell des Q8 e-tron ab 2027 in Mexiko herzustellen, war seit Februar bekannt. Aber wir hatten gehofft, dass in Forest ein neues Modell gebaut würde. Der Q8 e-tron sollte bis Ende 2026 in Brüssel vom Band laufen. Es wird keinen Übergang geben. 2025 sollen nur noch 6.000 Autos produziert werden, und das reicht für ein Werk nicht aus. Alles ist ungewiss.“

Bei der Betriebsratssitzung am 22. August stand die Einleitung der Renault-Prozedur auf der Tagesordnung, eine gesetzlich vorgeschriebene Vorgehensweise bei Massenentlassungen. Einen Tag später fand eine Personalversammlung statt, an der etwa 1.300 Audi-Mitarbeiter teilnahmen. Von der Direktion erhielten die Mitarbeiter aber keine konkreten Zukunftspläne oder Alternativen für das Werk. „Es ist zwar schön, von Alternativen zu sprechen, aber dafür müsste man diese auch konkret benennen. Aber bei der Versammlung hat es von den Audi-Verantwortlichen nur vage Äußerungen gegeben“, sagt Maurizio Sabatino. „Wir sind enttäuscht. Die Arbeiter sind wütend und verärgert über den Mangel an konkreten Informationen.“

Eine vorzeitige Einstellung der Produktion des Q8 e-tron in Forest hätte ka-



**ES WAR ETWAS IM BUSCH, ABER DAMIT HATTEN WIR NICHT GERECHNET...**

tastrophale Folgen: Bis Ende Oktober könnten 1.510 Arbeitnehmer entlassen werden, und ab Mai 2025 weitere 1.110 folgen. Sollte diese Dynamik anhalten, könnten Ende 2025 alle Jobs verloren sein. „Die Geschäftsleitung spricht von einer Umstrukturierung. Aber wir prüfen den Plan, der beim außerordentlichen Betriebsrat auf den Tisch gelegt wurde, in dem von einer Schließung bis Ende 2025 die Rede ist. Audi verlagert die Herstellung des Q8 nach Mexiko, und der Q8 ist das einzige Modell, das zurzeit in Brüssel gefertigt wird“, so der Gewerkschafter.

## Welche Alternativen?

Derzeit sind mehrere Szenarien möglich: die Herstellung eines neuen Audi-Modells oder eines anderen Modells des Volkswagen-Konzerns (zu dem Audi gehört), die Produktion von Teilen wie Batterien oder die Übernahme

durch einen anderen Autobauer. „Wir hoffen, dass im Werk in Forest weiter Autos gebaut werden, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.“

Nicht nur die Arbeitnehmer von Audi sorgen sich um ihre Zukunft: Sollte der Standort geschlossen werden, hätte dies auch massive Auswirkungen auf die Beschäftigung bei und den Fortbestand von Zulieferern wie Imperial Logistics, Rhenus Logistics, Plastic Omnium, Mosolf oder Sesé, die mehr oder weniger von Audi Brüssel abhängen. Indirekt betrifft diese Umstrukturierung circa 1.000 Arbeitsplätze, ganz zu schweigen vom Dominoeffekt auf die Sicherheits-, Catering- und Reinigungsfirmen, die am Standort Forest tätig sind.

## Heißer Herbst

Die Renault-Prozedur ermöglicht den Gewerkschaften, Fragen zur Umstrukturierung zu stellen und Möglichkeiten für die Montage eines neuen Modells in Forest zu finden. Die Wiederaufnahme der Produktion wurde auf den 2. September verschoben. Ob es dazu kommt, lag bei Redaktionsschluss nicht fest. Die Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit sei sehr gering, so lange den Mitarbeitern keine längerfristigen Perspektiven geboten würden, hieß es seitens der Gewerkschaften. Deshalb findet am 16. September eine Großkundgebung für die Audi-Belegschaft in Brüssel statt.



# Reinigungskräfte: Der Beruf muss dringend aufgewertet werden

Seit mehr als 15 Jahren richtet die CSC Nahrung und Dienste an jedem 20. Juni, dem Tag der Reinigungsprofis, den Scheinwerfer auf das Reinigungspersonal. Um sie sichtbar zu machen, wurden in diesem Jahr Porträts von Reinigungskräften in Brüssel ausgestellt.

**R**einigungsfachkräfte sind stolz auf ihre Arbeit und ihre wichtige soziale Rolle. Leider sind ihre Arbeits- und Lohnbedingungen oft weit davon entfernt, ihrer Bedeutung gerecht zu werden. Camille L. arbeitet zum Beispiel als Haushaltshilfe mit Dienstleistungschecks. Sie ist sich bewusst, dass ihre Kunden, und insbesondere ältere Menschen, sehr stark von ihren Diensten abhängen.

*„Ich habe eine Ausbildung als Erzieherin und der menschliche Aspekt ist für mich sehr wichtig. Manchmal sind wir der einzige soziale Kontakt des Kunden. Das macht unseren Beruf noch wichtiger für mich“,* erklärt sie. Leider werden Camille und ihre Kolleginnen häufig mit Sicherheitsproblemen konfrontiert, wie Stürzen oder gefährlichen Arbeitsmitteln. *„Die Gesundheit und die Sicherheit von Haushaltshilfen bleibt ein wichtiges Anliegen unserer Gewerkschaft. Zu viele Arbeitgeber stellen das Wohlbefinden ihrer Aktionäre über das ihrer Haushaltshilfen. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften kämpfen wir seit vielen Monaten für die Einrichtung eines sektoralen Präventionsdienstes, eine obligatorische Risikoanalyse am Arbeitsplatz und eine strukturelle medizinische Über-*

*wachung der Haushaltshilfen“,* so Kris Vanautgaerden, Nationalesekretär der CSC Nahrung und Dienste (N&D).

## Aktion am 1. Oktober

Auch in der sogenannten „klassischen“ Reinigungsbranche (Reinigung von Büros und Geschäftsräumen, paritätische Kommission 121, Anm.d.Red.) lässt der Respekt zu wünschen übrig. Gaëtan Stas, Generalsekretär der CSC N&D, sagt: *„Die Arbeitsbedingungen werden durch die ständige Erneuerung der Verträge mit den Reinigungsfirmen immer schlechter. Bei jeder neuen Ausschreibung werden die Kosten nach unten korrigiert. Die Folge dieses Trends ist ein Anstieg der Arbeitsbelastung. Die Leute arbeiten bis zum Umfallen. Aber Reinigungskräfte sind Menschen, keine Maschinen.“* Eine Gewerkschaftsaktion für europaweite öffentliche Ausschreibungen, die hochwertige Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen garantieren, ist bereits für den 1. Oktober geplant.

## Ein positiver Kreislauf

Reinigungstätigkeiten werden noch immer und überall sozial abgewertet.



**DIE GESUNDHEIT UND SICHERHEIT VON HAUSHALTSHILFEN IST EIN WICHTIGES ANLIEGEN UNSERER GEWERKSCHAFT.**

Ob in Schulen, Hotels, bei der Müllabfuhr usw.: Reinigungskräfte werden regelmäßig mit Zeichen von Respektlosigkeit konfrontiert. *„Diese mangelnde Wertschätzung wirkt sich sehr negativ auf die Arbeits- und Lohnbedingungen der Reinigungsberufe aus“,* so Gaëtan Stas. *„Als Gewerkschaft agieren wir auf Unternehmens- und sektorieller Ebene. Aber mit unserem jährlichen Tag der Reinigungsprofis wollen wir auch die breite Öffentlichkeit erreichen und sie dazu anregen, den Reinigungskräften zu danken und sie zu achten. Für uns ist das der Beginn eines positiven Kreislaufs: Mehr Sichtbarkeit führt zu mehr Wertschätzung, was letztendlich zu besseren Arbeitsbedingungen führt.“*



# Was halten die neuen Regierungen für die Arbeitnehmer bereit?

Während in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region (WR) und der Französischen Gemeinschaft (FG) die neuen Regierungen ihre Arbeit bereits aufgenommen haben, laufen in Flandern, der Region Brüssel und auf föderaler Ebene die Koalitionsverhandlungen noch. Aber was bedeuten die Wahlergebnisse für die Arbeitnehmerschaft? Wir blicken auf die Gewerkschaftsrechte und die Zukunft des Sozialdialogs.



© Shutterstock

Landesweit haben die Wahlen am 9. Juni zu einer Stärkung der Rechten geführt. Während sich in der DG, der WR und der FG Mitte-rechts-Koalitionen gebildet haben, wird auf föderaler Ebene sowie in Flandern und der Region Brüssel weiter verhandelt. In Brüssel scheint die Herausforderung am größten zu sein, sowohl innerhalb als auch zwischen den Sprachengruppen.

Auf föderaler Ebene gab es mehrere Optionen, schnell haben sich jedoch die Mitte-rechts-Parteien N-VA, CD&V, MR und Les Engagés gefunden. Um auch in Flandern eine Mehrheit zu haben, wurden die flämischen Sozialisten von Vooruit mit ins Boot genommen. Regierungsbildner Bart De Wever (N-VA) wollte schnell eine neue Föderalregierung bilden, die Verhandlungen scheinen dann doch nicht so einfach zu sein. Knackpunkt bei De Wevers „Supernote“ ist der sozio-ökonomische Aspekt. Mittlerweile hat De Wever das Handtuch geworfen, woraufhin König Philippe Maxime Prévot (Les Engagés) als neuen Regierungsbildner bezeichnet hat.

## Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte

Es stellt sich die Frage, wie es mit den Rechten der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften weitergehen

wird. Das Programm der frankophonen Liberalen (MR) enthält zahlreiche Angriffe auf die gewerkschaftlichen Freiheiten: Einführung der Rechtspersönlichkeit von Gewerkschaften - und damit indirekt der Versuch, das Streikrecht einzuschränken -, Abschaffung der Zahlung von Arbeitslosengeld durch die Gewerkschaften, Ausschluss der Sozialpartner bei der Sozialversicherung und den Sektorenfonds und Umgehung der Gewerkschaften am Arbeitsplatz. Das Programm der N-VA geht in die gleiche Richtung. Die Frage ist, inwieweit bestimmte Forderungen Gehör finden werden. Das wird von der endgültigen Zusammensetzung der Regierung abhängen.

Wie sieht es zum Beispiel mit der Staatsreform aus? Es könnte eine schwierige Diskussion werden, mit Gefahren wie der Abspaltung von Teilen der Sozialversicherung. Die Arbeitnehmer haben bei einem solchen Vorhaben nicht viel Positives zu erwarten.

Auch die Migrations- und Integrationspolitik gibt Anlass zur Sorge. Die Revision der Verfassung ermöglicht die Stärkung der Verfassungsrechte in dieser Legislaturperiode. Aber es ist fraglich, inwieweit die grundlegenden Menschenrechte auf politischer Ebene beachtet werden.

## Welche Auswirkungen auf die soziale Konzertierung?

Vor den Wahlen hatte die Gruppe der Zehn eine gemeinsame Erklärung zur Mobilität abgegeben. Ihr Ziel war es, das Problem der schlechten Qualität der Mobilitätsinfrastruktur und ihrer Finanzierung auf die politische Agenda zu setzen. Der CSC zufolge muss vor allem das Problem der Arbeitnehmer, die in abgelegenen Gebieten leben oder arbeiten, angegangen werden. Diese Arbeit muss noch anlaufen.

In der Zwischenzeit hat die CSC erste Gespräche über die Haushaltsmittel für das Wohlbefinden aufgenommen. Dieser Mechanismus soll es ermöglichen, die verschiedenen Zulagen an das steigende Wohlbefinden anzupassen. Die Chancen, bis zur nächsten Verhandlungsrunde eine Regierung zu haben, scheinen gesunken zu sein, aber die politischen Diskussionen über die Sparmaßnahmen und die Haltung der Arbeitgeber dazu werden entscheidend sein. Letztere sehen eindeutig mehr Möglichkeiten als während der Vivaldi-Zeit, und die Bereitschaft zu Reformen ist selten zugunsten der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften werden das Ganze jedenfalls sehr aufmerksam verfolgen und sich ebenfalls positionieren müssen.

# Die Steuerpolitik einfach erklärt

Ende Juni veranstaltete das CSC-Regionalkomitee Eupen-St.Vith einen Infoabend zur Steuerpolitik, der auf großes Interesse stieß. Referent Mike Mettlen vom CSC-Studiendienst betonte dabei, dass das Zahlen von Steuern kein notwendiges Übel ist, sondern die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens bildet. Sowohl die allgemeine Situation in Belgien als auch die spezifische Lage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden dabei eingehend beleuchtet.

**Staatsausgaben im Überblick:** Im ersten Teil des Abends wurden die Staatsausgaben detailliert erläutert. So fließen beispielsweise 38 % der Mittel in die Soziale Sicherheit, 15 % in das Gesundheitswesen und 13 % in die Bildung. Durch interaktive Übungen, wie das Ausfüllen von Schätzfragen und die Nutzung einer speziellen App, konnten die Teilnehmer aktiv mitgestalten und ein besseres Verständnis dafür entwickeln, wie ihre Steuergelder eingesetzt werden.

**Staatseinnahmen und Steuergerechtigkeit:** Der zweite Themenblock konzentrierte sich auf die Einnahmen des Staates, die sich jährlich auf etwa 280 Milliarden Euro belaufen. Dabei wurden u.a. die Einkommenssteuer und die Sozialversicherungsabgaben detailliert erklärt. Die Diskussion ging dabei auch auf die Frage ein, wie gerecht das belgische Steuersystem ist und welche Reformmöglichkeiten bestehen.



**Einblicke in die Steuererklärung:** Die Teilnehmer erhielten zudem Einblicke in die Berechnung von Einkommenssteuer, Steuerstufen und Steuerfreibetrag. Ein zentrales Thema war hierbei die ungleiche Besteuerung von Arbeitseinkommen im Vergleich zur deutlich geringeren Besteuerung von Vermögen.

**Fazit:** Der Infoabend bot nicht nur tiefgehende Einblicke in die Steuerpolitik, sondern diente auch als Plattform für kritische Diskussionen über soziale Gerechtigkeit.

Das nächste Treffen des Regionalkomitees Eupen-St.Vith, das allen CSC-Mitgliedern offensteht, findet am 22. Oktober statt. Thema: „Generation Z, zu nichts zu gebrauchen?“

## Steuer auf große Vermögen für ein nachhaltiges Europa

Die CSC unterstützt die europäische Bürgerinitiative „Tax The Rich“. Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen, um den Klima- und sozialen Wandel zu finanzieren und Ländern zu helfen, die von Klimaveränderungen betroffen sind.

Diese Steuer würde eine neue Eigenmittelquelle der EU darstellen. Die Einnahmen würden es ermöglichen, die europäische Politik des ökologischen und sozialen Wandels sowie die Entwicklungszusammenarbeit in Kofinanzierung mit den Mitglied-

staaten auszuweiten und zu verstetigen. Die Einnahmen wären für den Kampf gegen den Klimawandel und die Bekämpfung von Ungleichheiten bestimmt und würden eine gerechtere Beteiligung der europäischen Bürger an diesen Zielen ermöglichen. Würde diese Steuer auch nur auf das reichste Prozent der EU-Bürger erhoben, dann würde sie mehrere zehn Milliarden Euro einbringen.

Unterstützen Sie die Initiative mit Ihrer Unterschrift:  
[www.tax-the-rich.eu/de](http://www.tax-the-rich.eu/de)





## Zukunftslösungen für die belgische Industrie



**Während die Bedeutung der Industrie auf internationaler Ebene zunimmt, schwächt die belgische Industrie. Um das Blatt zu wenden, muss sich auf politischer Ebene etwas ändern.**

*„Eine eigene Industrie ist eine Frage der wirtschaftlichen Sicherheit“, kommt Victor De Decker direkt zur Sache. Der Experte für Geoökonomie am Egmont-Institut (dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen) stellt fest, wie sehr Großmächte wie China und die USA ständig ihre eigenen Industrien und Volkswirtschaften auf dem Schlachtfeld der Weltpolitik einsetzen. „In einem internationalen Konflikt ist dies ein praktisches Drohmittel. Erinnern wir uns an die großen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der russischen Kontrolle über Energie und Gas zu Beginn des Krieges in der Ukraine. Mit diesen Machtspielen ist noch nicht Schluss“, versichert der Experte. „China antwortete vor Kurzem auf eine US-Kontrolle der Chip-Exporte durch eine Einschränkung seiner eigenen Exporte von wichtigen Mineralien. Inzwischen haben die USA eine Koalition mit Japan und den Niederlanden gebildet, um in der Chipindustrie eine führende Rolle zu spielen.“*

### Schnelle Gewinne

Während die Bedeutung der Industrie auf internationaler Ebene zunimmt, nimmt ihre Größe in Belgien ab. Laut der Nationalbank ist die Wertschöpfung unserer Industrie im Jahr 2023 um 3,1 % gesunken.

**3,1%**

**GING DIE WERTSCHÖPFUNG  
DER BELGISCHEN INDUSTRIE  
2023 ZURÜCK.**

Seit 2019 ist sogar von einer Schrumpfung um 6 % die Rede. Victor De Decker analysiert: „Seit den 1990er Jahren legen wir den Schwerpunkt vor allem auf den finanziellen Mehrwert, insbesondere in den Dienstleistungssektoren. Wir entscheiden uns also für schnelle Gewinne.“ Diese Entscheidung hat jedoch einen Preis, und zwar den Rückgang der verarbeitenden Industrie. De Decker ist der Mei-

nung, dass eine starke Industriepolitik notwendig ist: nicht nur um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sondern auch um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu gewährleisten. „Sektoren wie die Nahrungsmittel- und Energieversorgung sind so wichtig, dass unsere Gesellschaft zusammenbrechen würde, sollten diese Sektoren verschwinden. Darüber hinaus sind andere Sektoren wie die Biotechnologie oder erneuerbare Energien wichtig, um unsere Zukunft zu sichern“, ergänzt er.

### Die belgische Industrie schwächt

Van Hool, Audi, ArcelorMittal,... Tausende von Arbeitsplätzen sind in diesen Unternehmen und durch den Dominoeffekt bei ihren Zulieferern verloren gegangen oder gefährdet. Die belgische Industrie schwächt seit Jahrzehnten. Während sie in den 1970er Jahren noch 40 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachte, liegt dieser Anteil heute nur noch bei 20 %.



In den letzten zehn Jahren sind fast 100.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen. „Dennoch ist unsere Industrie nicht zu einer vernachlässigbaren Größe geworden“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Dries Van den Broeck von CSC Metea. „Der relative Anteil der verarbeitenden Industrie an der Gesamtwirtschaft ist stark zurückgegangen, aber unsere Unternehmen produzieren fast 50 % mehr als vor 30 Jahren. Die Industrie ist zurzeit mit großen Herausforderungen konfrontiert: hohe Energiekosten, (manchmal unfairer) internationaler Wettbewerb, Subventionswettbewerb, hinterherhinkende Wirtschaft bei wichtigen Handelspartnern wie Deutschland, Abhängigkeit von Rohstoffen oder Ersatzteilen aus Ländern wie China... Ganz zu schweigen von dem notwendigen und obligatorischen ökologischen Wandel, der die Industrie besonders hart trifft. Wenn Industrieunternehmen ihr Überleben sichern wollen, müssen sie dringend umweltverträglichere Prozesse einleiten“, schließt der Ökonom.

Für Luca Baldan, Nationalsekretär der CSC Bau, Industrie und Energie (CSCBIE), ist die umweltverträgliche Gestaltung der Industrie ein unumgänglicher Teil dieses Übergangs. „Es gilt, den ökologischen Fußabdruck



**AUFGRUND DES KLIMAWANDELS STEHEN ARBEITSPLÄTZE IN DER INDUSTRIE VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN.**

der industriellen Aktivitäten zu verringern und gleichzeitig ihren Fortbestand zu sichern. Dies geschieht durch die Einführung grüner Technologien, die Energiewende und die Kreislaufwirtschaft, wobei im letztgenannten Bereich Geschäftsmodelle gefördert werden, die die Wiederverwendung und das Recycling von Materialien in den Bereichen Glas, Verpackung, Bauwesen, Chemie usw. begünstigen.“

**Der Zukunft vorgereifen**

„Die Erde zwingt uns zu radikalen Veränderungen. Aufgrund des Klimawandels können unsere Produkte nicht mehr per Schiff geliefert werden, wenn unsere Flüsse austrocknen“, erläutert Kathleen Van Walle, politische Beraterin für die Metall- und Textilbranche der CSC Metea. „Aufgrund des Klimawandels stehen die Arbeitsplätze im Industriesektor eindeutig vor neuen Herausforderungen. Dies ist beispielsweise in der Lieferkette der Automobilindustrie der Fall“, sagt Benjamin Denis von IndustriAll, der europäischen Gewerkschaft für die Industriesektoren.

„Der Übergang ist eine kolossale Herausforderung“, bestätigt Luca Baldan. „Um sie zu bewältigen, bedarf es einer wirklich koordinierten, sektorinternen

und nationalen Industriepolitik. In Belgien erfordert dies eine integrierte Strategie, die die verschiedenen Industriesektoren und ihre gegenseitige Abhängigkeit berücksichtigt und gleichzeitig den Anforderungen der EU in Bezug auf Nachhaltigkeit und Innovation gerecht wird.“

**Es muss ein Dialog stattfinden**

Mit anderen Worten: Auf politischer Ebene muss etwas passieren. „Die Regierung muss einen klaren Rahmen, Perspektiven und Sicherheit bieten. Jedes Unternehmen sollte sich auch mit der Zukunft beschäftigen“, sagt Kathleen Van Walle. „Welchen Weg will das Unternehmen gehen? Auf welche Strategie und welche Technologie setzt es? Die Arbeitnehmer müssen wissen, was die Zukunft bringen wird. Deshalb müssen sie in diese Fragen einbezogen werden. Denn ein Wandel in der Produktion wird andere Fähigkeiten, eine andere Arbeitsorganisation und andere Technologien erfordern. Eine Reform unserer Industrie wird sich zweifellos auf die Arbeitnehmer auswirken. Im Moment fragen sie sich vor allem, ob sie in zehn Jahren noch das Gleiche tun werden wie heute.“

„Das Motto ‚Zuerst die Wirtschaft‘ darf nicht das einzige sein, das man hören will“, fügt Luca Baldan von der CSCBIE hinzu. „Damit Belgien seinen industriellen Wandel erfolgreich gestalten kann, müssen die wirtschaft-





lichen Anstrengungen unbedingt mit einer echten sozialen Konzertierung einhergehen. Die Arbeitnehmer müssen im Mittelpunkt dieses Prozesses stehen, um sicherzustellen, dass die Übergänge fair und nachhaltig ablaufen. Es wird dringend notwendig, sie und ihre Vertreter in die Diskussionen einzubeziehen, um die Bedürfnisse zu antizipieren, insbesondere in Bezug auf Kompetenzen, Ausbildung sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Ein starker sozialer Dialog ist der Schlüssel zur Aufrechterhaltung einer resilienten und innovativen Industrie, die den Herausforderungen von morgen gewachsen ist und gleichzeitig die Bedürfnisse und Rechte der Arbeitnehmer achtet“.



**ES IST ZWINGEND NOTWENDIG, DIE WIRTSCHAFTLICHEN ANSTRENGUNGEN MIT EINER ECHTEN SOZIALEN KONZERTIERUNG ZU VERBINDEN.**

**Technologische Innovation ist wichtig für die Zukunft der Industrie.**

## Die Rolle staatlicher Beihilfen

### Gezielte staatliche Beihilfen

Der Erfolg der Industrie der Zukunft wird auch von der nationalen und regionalen Politik abhängen. So spielen beispielsweise die Regeln für Zuschüsse für Forschung und Entwicklung (F&E) eine sehr wichtige Rolle, nicht zuletzt, weil Belgien in diesem Bereich innerhalb der EU die Nummer eins ist. Laut Eurostat gab Belgien im Jahr 2022 ganze 3,43 % seines BIP für Beihilfen für Forschung und Entwicklung aus. Damit liegt es auf demselben Niveau wie die USA und weit über China.

### Staatliche Beihilfen ohne Verpflichtungen

Laut Renaat Hanssens, Berater im Studiendienst der CSC, ist es wichtig und notwendig, staatliche Beihilfen auf die Unterstützung von Innovationen zu verwenden. Er hat jedoch einige Vorbehalte gegenüber den über 5,1 Milliarden Euro an Beihilfen, die im Jahr 2023 für Forschung und Entwicklung gewährt wurden. Der Großteil dieser Beihilfen besteht aus der Nichtabführung der Lohnsteuer auf die Gehälter der Forscher, aus Steuergutschriften, die der belgische Staat den Unternehmen gewährt, und aus den Mitteln, die die Regionen für bestimmte Projekte bereitstellen. Auf regionaler Ebene, in Wallonien, lief der Abschnitt „Dekarbonisierung“ der Industriepolitik bis 2023 über Sektorenabkommen, freiwillige Abkommen zwischen Unternehmen und der wallonischen Regierung, die die Energieeffizienz der Industrie verbessern sollen. „Eines der Probleme ist, dass nur etwa ein Drittel der erhaltenen Beihilfen tatsächlich für Investitionen in umweltfreundlichere Technologien in Industrieanlagen verwendet wurde“, bedauert François Sana, Berater im Studiendienst der CSC. „Die Sektorenabkommen wurden in ein CO<sub>2</sub>-Abkommen umgewandelt, das auf die Klimaneutralität der wallonischen Industrie bis 2050 abzielt. Wir sind als Gewerkschaft beteiligt, insbesondere in dem strategischen Ausschuss, der diese neuen CO<sub>2</sub>-Abkommen steuern wird. Unsere Delegierten werden auch informiert, wenn ihr Unternehmen an einem CO<sub>2</sub>-Abkommen teilnimmt.“

Auf nationaler Ebene, so Renaat Hanssens, „besteht das Problem vor allem darin, dass die große Mehrheit der Unterstützung nicht zu einem ausreichenden Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität führt. Dies wird auch durch eine Studie des Föderalen Planbüros belegt. Wir müssen uns mehr Fragen stellen: Wofür geben wir Geld aus? Ist die angestrebte Innovation für die Gesellschaft von Nutzen? Ist die Produktion bei uns verankert?“





# Europa muss zusammenarbeiten, anstatt untereinander zu konkurrieren

**Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union führen derzeit einen internen Kampf, um die Industrie in ihre Länder zu locken.**

Frankreich zum Beispiel gibt sehr viel Geld aus, um Unternehmen zu unterstützen, damit sie entscheidende Investitionen tätigen können, um ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken und ihre Produktion umweltfreundlicher zu machen. So erhielt beispielsweise der Standort Dünkirchen des Metallunternehmens ArcelorMittal 850 Millionen Euro für den Umbau seines Werkes zu elektrisch betriebenen Hochöfen. Dies entspricht der Hälfte der Gesamtinvestition! Der französische Wirtschaftsminister beglückwünschte sich selbst dazu, Belgien übertroffen zu haben, da unser Land nur einen Teil dieser Summe für die Steigerung der Umweltverträglichkeit seines Werks in Gent verwenden konnte. Durch Infrastrukturarbeiten und eine flexible Genehmigungspolitik gelingt es Nordfrankreich, viele Unternehmen anzuziehen, oft auf Kosten der belgischen Standorte. So schloss Beaulieu seine Spinnerei in Belgien und



© Shutterstock

**Das Werk von ArcelorMittal in Dünkirchen wird stärker subventioniert als der belgische Standort.**

verlegte sie vier Kilometer weiter in die französische Gemeinde Comines.

„Das ist erstaunlich, denn die Industrie hatte sich vor Jahren genau aus dieser Region zurückgezogen“, sagt Steve Rosseel, Vorsitzender der CSC Nahrung & Dienste. „Die Franzosen setzen heute alles daran, Unternehmen anzuziehen. Große Lebensmittelhersteller wie Clarebout, ein kartoffelverarbeitender Betrieb, siedeln heute neue Fabriken in der Region Dünkirchen an, auf Kosten von Erweiterungen in unserem Land.“

## Ein vereinter Wirtschaftsblock

Renaat Hanssen, Wirtschaftsberater bei der CSC, verabscheut den internen Wettbewerb, den die EU-Mitgliedstaaten untereinander austragen. „Europa hat die Regeln für staatliche Beihilfen für Unternehmen gelockert,



**ES IST ZEIT FÜR EINE ECHTE EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK!**

damit die europäischen Mitgliedstaaten auf die enormen staatlichen Subventionen der USA und Chinas reagieren können. Dadurch befinden wir uns heute in einer Situation, in der es sich große Akteure wie Frankreich und Deutschland leisten können, gigantische Summen auf den Tisch zu legen, die kleinere Länder niemals bieten können. Dabei ist es gerade jetzt an der Zeit, unsere Kräfte zu bündeln, um eine echte europäische Industriepolitik zu entwickeln, anstatt uns gegenseitig wegen ‚Krümel‘ zu bekämpfen. Da China und andere asiatische Länder immer mehr an Bedeutung gewinnen, können wir es uns nicht leisten, gespalten zu sein. Alle Mitgliedstaaten müssen für einen vereinten Wirtschaftsblock eintreten.“



© Shutterstock



# Demokratie und Arbeitnehmerrechte

**D**er globale Rechtsindex, der jährlich vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlicht wird, berichtet über den weltweiten Kampf zur Verteidigung und Ausübung der Grundrechte und -freiheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Laut IGB haben weltweit fast 90 % der Länder das Streikrecht verletzt, während etwa acht von zehn Staaten den Arbeitnehmern das Recht auf Tarifverhandlungen vorenthalten haben, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. In diesem Jahr haben 49 % der Länder Gewerkschaftsmitglieder willkürlich festgenommen oder inhaftiert (46 % im Jahr 2023) und mehr als vier von zehn Ländern haben das Recht auf freie Meinungsäußerung oder Versammlungsfreiheit verweigert oder eingeschränkt.

Diese Zahlen und Trends bestätigen die weltweite Lage, in der die demokratischen Rechte und die bürgerlichen Freiheiten schweren und anhaltenden Angriffen ausgesetzt sind. Die Demokratie ist in Gefahr. Aus diesem Grund hat der IGB seine Kampagne „Für Demokratie“ gestartet, um die Rechte und Freiheiten zu fördern, die alle Menschen genießen sollten, ohne Angst vor Verfolgung oder Unterdrückung haben zu müssen.

Die zehn kritischsten Länder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Ägypten, Bangladesch, Ecuador, Eswatini, Guatemala, Myanmar, die Philippinen, Tunesien, die Türkei und Weißrussland.

**Infos+ [www.ituc-csi.org/global-rights-index?lang=de](http://www.ituc-csi.org/global-rights-index?lang=de)**

## Machen Sie mit bei der Mobilitätswoche 2024

**A**nlässlich der Mobilitätswoche, die vom 16. bis 22. September 2024 stattfindet, sind alle Unternehmen in Wallonien eingeladen, originelle Sensibilisierungsaktionen durchzuführen und bei ihren Mitarbeitern die Mittel, Lösungen oder Maßnahmen aufzuwerten, die bereits im Bereich der alternativen Mobilität eingeführt wurden.

Das Unternehmen, das sich durch starke Mobilisierung und originelle Aktionen auszeichnet, gewinnt die Mobilitäts herausforderung für Unternehmen!

Auf dem Podium werden die drei Unternehmen stehen, die sich am stärksten engagiert haben. Der Gewinner erhält ein professionell gedrehtes und bearbeitetes Video im Wert von 2.500 Euro, in dem das Unternehmen und seine Mobilitätspolitik vorgestellt werden.

**Infos+ [semaine.mobilite.wallonie.be](http://semaine.mobilite.wallonie.be)**



## „Zukunft wählen!“

Wie funktioniert eine Gemeinde? Welche Kompetenzen hat sie? Worum geht es bei den Gemeindewahlen? Um die Funktionsweise einer Gemeinde und die Herausforderungen der am 13. Oktober stattfindenden Kommunalwahlen besser zu verstehen, bieten die Christliche Krankenkasse (CKK) und das Volkshochschule-Bildungsinstitut (VHS) Infoabende am 4. September in Schoppen und am 10. September in Eupen an.

**[www.ckk-mc.be/wahlen-gemeinde](http://www.ckk-mc.be/wahlen-gemeinde)**

## 16/09: Audi Brüssel

3.000 Jobs stehen bei Audi in Brüssel auf dem Spiel. Die Gewerkschaften haben zu einer Kundgebung am Sonntag, 16. September, aufgerufen. Kommen auch Sie dorthin und unterstützen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Audi Brüssel.

## 1/10: Reinigungskräfte

Hochwertige Arbeitsplätze, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für das Reinigungs- und Wachpersonal: das fordern belgische und europäische Gewerkschaften im Rahmen eines Aktionstages am 1. Oktober in Brüssel.

## 22/10: Generation Z

Am 22. Oktober, ab 18.30 Uhr, findet in der CSC Eupen eine weitere Veranstaltung des Regionalkomitees Eupen-St.Vith statt. Thema: „Generation Z, zu nichts zu gebrauchen?“ Herzliche Einladung an alle Interessierten.

**[www.diecsc.be](http://www.diecsc.be)**

# Die IAO-Konferenz als Spiegelbild der Welt im Wandel

In Genf fand im Juni erneut die Internationale Arbeitskonferenz statt. Jedes Jahr kommen Regierungs-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter aus 187 Ländern zusammen, um im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Vereinbarungen zur Verbesserung der Rechte und der Lage der Arbeitnehmer zu treffen. Die Delegation der CSC beteiligte sich aktiv an den Diskussionen in den verschiedenen Ausschüssen. Da Belgien zu diesem Zeitpunkt noch die halbjährliche EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, war auch die belgische Regierung anwesend und sprach im Namen vieler europäischer Länder.

## Zu einem Übereinkommen über biologische Gefahren

In diesem Jahr erregte die Diskussion eines neuen IAO-Übereinkommens über biologische Gefahren am Arbeitsplatz Aufmerksamkeit. Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig ein angemessener Schutz der Arbeitnehmer vor diesen Risiken ist. In Europa gibt es bereits eine Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe, obwohl die biologischen Gefahren über diesen Rahmen hinausgehen. Andere Länder verfügen häufig nicht über einen solchen Schutz.



**DIE ARBEITGEBER  
FECHTEN STÄNDIG DAS  
ARBEITSRECHT ALS TEIL DER  
KERNARBEITSNORMEN AN.**

Die IAO hat bereits das Übereinkommen Nr. 170 für Chemikalien verabschiedet, doch für biologische Arbeitsstoffe gibt es nach wie vor kein einheitliches Regelwerk. Die Regierungen unterstützen weitgehend diese Art von Norm, im Gegensatz zu den Arbeitgebern, die hoffen, dass sie sich auf eine Empfehlung beschränkt. Da die Arbeitgeber allerdings in der Minderheit waren, verfolgten sie eine andere Strategie: Sie zogen die Diskussionen in die Länge und höhlichten den Inhalt der Textentwürfe aus. Sie konnten die endgültige Einigung auf einen soliden Übereinkommensentwurf jedoch nicht verhindern. Hart an diesem Ergebnis gearbeitet hat auch Kris Van Eyck, der Leiter des Unter-

nehmensdienstes der CSC. Die Diskussion über die begleitende Empfehlung wurde aus Zeitmangel indes auf das nächste Jahr verschoben. Dann wird der Entwurf des Übereinkommens ein zweites und letztes Mal diskutiert werden.

## Pflege ist nicht käuflich

Ein anderer Ausschuss befasste sich mit der Ökonomie des Gesundheitswesens.

Auch diese Debatte wurde stark von den Erfahrungen mit der Gesundheitskrise sowie von den Auswirkungen von Klima, Alterung, Technologie, Globalisierung, Kommerzialisierung und anderen Übergängen auf die Pflege-sektoren beeinflusst. Sie befasste sich ebenfalls mit dem länderübergreifenden zunehmenden Personalmangel in diesen Sektoren und dessen Zusammenhang mit Migrationsfragen sowie nicht zuletzt mit dem wachsenden Druck auf die öffentlichen Ausgaben.

Marie-Agnès Gilot von der CNE und Koen Detavernier von WSM (Weltsolidarität) waren bei dieser Diskussion das Sprachrohr der CSC. Es gilt, einen Beschluss zu verabschieden, der für die künftige Arbeit der IAO, der nationalen Behörden und der Sozialpartner in diesem Bereich richtungweisend ist. Erschwert wurden die Diskussionen in diesem Ausschuss erneut durch die Arbeitgeber. Sie betrachten das Gesundheitswesen als gewinnbringenden Sektor und wollen keine Konkurrenz von den nichtkommerziellen Dienstleistungen, ganz zu schweigen von der Sozialwirtschaft und den Krankenkassen. Die Diskussion konnte jedoch durch die Unterstützung vieler Regierungen in die

richtigen Bahnen gelenkt werden.

## Mehr für Gewerkschaftsrechte

Der ständige Ausschuss zur Behandlung wiederkehrender Fragen befasst sich jedes Jahr mit einem der strategischen Ziele der IAO, um die Leitlinien für die Arbeit an diesem Ziel in den nächsten fünf Jahren festzulegen. In diesem Jahr stehen erneut die Kernarbeitsnormen der IAO im Mittelpunkt: das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, die Nichtdiskriminierung, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen, seit kurzem ergänzt durch das Recht auf sichere und gesunde Arbeit. Sie sind aktuell besonders wichtig, da die extreme Rechte in vielen Ländern auf dem Vormarsch ist und dadurch auch Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die Verletzung der grundlegenden Arbeitsnormen, zunehmen.

Die ständige Anfechtung des Streikrechts durch die Arbeitgeber als Teil der Kernarbeitsnormen ist ein Knackpunkt. Letztes Jahr hat die IAO diese Diskussion an den Internationalen Gerichtshof verwiesen, der nächstes Jahr über die rechtliche Auslegung der derzeitigen IAO-Regeln entscheiden könnte. Nachdem diese Diskussion vorübergehend auf Eis gelegt wurde, sind andere Konflikte aufgetaucht: Die Arbeitgeber möchten, dass die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen weniger betont werden; sie sind gegen eine zu große Einmischung in multinationale Unternehmen, die gegen die grundlegenden Arbeitsnormen verstoßen; sie sind der Ansicht, dass sich die IAO zu einseitig auf die Rechte der Arbeitnehmer konzentriert und die Unter-



© Marcel Croizet - OIT

## 112. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz.

nehmen vernachlässigt; und sie sind nicht glücklich über das Interesse der IAO an den neuen Herausforderungen für die Kernarbeitsnormen, die durch die künstliche Intelligenz entstehen.

Auf Regierungsebene stellen wir fest, dass sich die Welt im Umbruch befindet: Die USA haben den Ansatz der Arbeitnehmer (für einige Zeit?) stark unterstützt, und China hat sich zusammen mit einigen afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern oft auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. Das Endergebnis wird sicherlich die Forderung sein, dass die Künstliche Intelligenz (KI) bei allem, was sie tut, die Kernarbeitsnormen, insbesondere die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen, stärker und integrativer respektieren muss. Die Notwendigkeit eines gerechten Klimawandels und die neuen Risiken des digitalen Wandels, insbesondere die Fortschritte der KI, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

### 24 Länder auf schwarzer Liste

Schließlich gibt es noch den Ausschuss für die Anwendung der Normen. Marc Leemans, der ehemalige Präsident der CSC, ist der Sprecher der Arbeit-

nehmergruppe und wird von einem starken CSC-Team unterstützt: Stijn Sintubin, Youssef El Otmani und Alexis Fellahi. Jedes Jahr werden 24 Länder wegen Verstößen gegen die IAO-Konventionen und/oder Kernarbeitsnormen vor den Ausschuss geladen. In diesem Jahr war eine Sondersitzung den Entgleisungen Weißrusslands gewidmet, insbesondere den schweren Verstößen gegen Gewerkschaftsrechte. Auf der Liste der 24 Länder standen auch Kambodscha wegen häufiger Verletzungen der Gewerkschaftsrechte, Uganda wegen des dramatischen Anstiegs der Kinderarbeit, die Türkei wegen der Einschränkungen des Rechts auf Tarifverhandlungen und Paraguay wegen schwerer Versäumnisse bei der Arbeitsaufsicht.

Georgien musste seinerseits eine Erklärung zu den ernstesten Problemen der Lohndiskriminierung von Frauen abgeben.

Das ist keine leichte Aufgabe für die Arbeitnehmergruppe auf der Konferenz, denn die Arbeitgeber zeigen sich sofort entgegenkommend, außer wenn diese Länder linksgerichtete Regierungen haben, wie in Spanien und Nicaragua. Dann werden die Arbeitgeber schnell kritischer. Es fällt

den Arbeitgebern leichter, Länder wie Weißrussland und Georgien hart zu bestrafen. Aber auch hier zeigt sich, dass einige Regierungen an einem guten Verhältnis zu Russland festhalten wollen.

### Der Gaza-Krieg

Wie steht es um den Gaza-Krieg? In diesem Jahr wurde dem Thema eine Sondersitzung außerhalb der Ausschüsse gewidmet. Es gab zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen am Rande der Konferenz, bei denen konsequent der IAO-Standpunkt zu Arbeitsnormen eingenommen wurde, um all die Palästinenser zu unterstützen, die über Nacht ihre Arbeit verloren haben.

Wie in den vergangenen Jahren war Marc Leemans Sprecher der Arbeitnehmergruppe im Ausschuss für die Anwendung der Normen, der Länder zur Verantwortung zieht, die gegen IAO-Übereinkommen oder Kernarbeitsnormen verstoßen.

# Den Dividenden geht es gut, danke der Nachfrage

Zwischen 2017 und 2022 zahlten die in Belgien tätigen Unternehmen durchschnittlich 80 % ihrer Gewinne als Dividenden an ihre Aktionäre aus.



## Wären 2022 sämtliche Dividenden in Höhe von 69 Milliarden Euro

an alle aktiven Arbeitnehmer in Belgien (unabhängig davon, ob sie im öffentlichen oder privaten Sektor arbeiten) ausgeschüttet worden, so hätte jeder von ihnen folgenden Betrag erhalten:

**14.230 Euro**

Quelle:  
„Le dividende des inégalités“, Oxfam Belgien, 2024.



# Franchise bei Delhaize: Befürchtungen haben sich bestätigt

Am 7. März 2023 kündigte Delhaize an, seine 128 Supermärkte an Franchise-Nehmer, d.h. selbstständige Unternehmer, abzutreten. Ende 2024 würden alle Geschäfte auf dieses Franchisesystem umgestellt sein. Wie wir befürchtet hatten, sind nur wenige Monate vor dem ersten Übergang zum Franchising bereits untragbare Zustände in Bezug auf die Behandlung von Arbeitnehmern festzustellen. Die CNE setzt sich weiterhin für diese Beschäftigten ein und versucht sie zu organisieren, auch wenn dies durch das Fehlen einer Gewerkschaftsdelegation erheblich erschwert wird.

Seit April erreichen uns Berichte aus zwei Brüsseler Geschäften<sup>(1)</sup>, die von einem Selbstständigen übernommen wurden. Delhaize kennt ihn gut, denn er hat 20 Jahre lang als Angestellter und dann als Geschäftsführer eines angeschlossenen Geschäfts gearbeitet. In diesen Geschäften herrscht Terror, wie folgende Äußerungen veranschaulichen: „Hier im Geschäft habe ich das Sagen.“ „Ich entscheide, wer krank ist und wer nicht. Ärztliches Attest hin oder her.“ „Manche Pferde brauchen einen Schlag mit der Peitsche, andere mehrere Schläge. Und einige sind nur gut für den Schlachthof“.

Einschüchterung von Kranken, illegale Praktiken und die Erniedrigung von Arbeitnehmern sind die Norm. Der Unternehmer sagt, dass er nichts mit dem kollektiven Arbeitsabkommen KAA 32bis (das die erworbenen Rechte der ehemaligen Delhaize-Beschäftigten sichern soll) am Hut hat. Er hält sich weder an die Referenzzeiten noch an die Funktionen. Er droht Studenten, die sich weigern, am Sonntag vor den Prüfungen zu arbeiten. Er hat überall Kameras angebracht. Die Geschäftsleitung von Delhaize, die wir alarmiert haben, antwortete zunächst, dass sie die Dinge überwacht und dass alles wieder in Ordnung zu sein scheint. Als sie einen Monat später von der RTBF befragt wurde, antwortete sie,

dass es ihr an Elementen fehle, um einzugreifen. Mit anderen Worten: Es ist nicht mehr ihr Problem.

Auch wenn dieser Fall extrem ist, wäre es falsch zu glauben, dass anderswo alles in Ordnung ist. In vielen Franchiseunternehmen werden die Gesetze zur Sonntagsarbeit nicht eingehalten, und das mit Wissen von Delhaize, das sich nicht schämt, illegale Arbeitszeiten auf seiner Website zu erwähnen. Das Franchisesystem öffnet derartigen Praktiken Tür und Tor. Zum einen, weil der Unternehmer verpflichtet ist, seine Kosten zu senken. Die Lohnkosten sind fast das einzige Element, das er beeinflussen kann, denn die Miete und die Warenkosten werden von Delhaize festgelegt. Um die Lohnkosten zu kürzen, kombinieren die Unternehmer verschiedene Techniken. Alle Geschäfte haben zu einer paritätischen Kommission (PK) gewechselt, die für die Arbeitnehmer weniger vorteilhaft ist, und diejenigen, die mehrere Geschäfte haben, schaffen separate Rechtsstrukturen, um auch diesen PK anzugehören. Darüber hinaus bauen viele Franchisenehmer Personal ab. Einige Geschäfte haben sich bereits von etwa 30 Arbeitnehmern getrennt, einem Drittel ihrer Belegschaft. Wenn sie überhaupt ersetzt werden, dann sehr oft durch Studentenverträge oder Flexijobs.

Von Anfang an haben wir das Franchising als eine kapitalistische Strategie angeprangert, die es ermöglicht, die Arbeitnehmer noch mehr auszubeuten und den Aktionären höhere Gewinne zu bescheren. Der Franchisegeber muss sich nicht einmal um die Sozialpolitik kümmern oder sie übernehmen, da die Risiken auf den selbstständigen Geschäftsführer abgewälzt werden. Das Sahnehäubchen für den multinationalen Konzern Ahold Delhaize war, dass er durch das Franchising die Gewerkschaftsvertreter loswerden konnte. Dadurch wurde die Fähigkeit der Beschäftigten, ihre Rechte durch kollektive Aktionen geltend zu machen, geschwächt. Aber der Konzern hat nicht mit der Entschlossenheit der CNE gerechnet, die Gewerkschaftsarbeit mit den Beschäftigten der Franchisenehmer fortzusetzen. Wir knüpfen an die grundlegenden gewerkschaftlichen Praktiken an, die angewandt wurden, bevor die Gewerkschaft und der soziale Dialog institutionalisiert wurden.

<sup>(1)</sup> Die vollständige Umfrage von Médor und der RTBF über die Situation in diesen Delhaize Franchise-Geschäften finden Sie unter:



## Ein entscheidender und entschlossener Start



Das neue Sozialjahr 2024 wird wichtig. Mit neuer Entschlossenheit nehmen wir die Arbeit wieder auf. Diese Zeit des Jahres bringt oft Herausforderungen, aber auch Gelegenheiten, um erneut zu bekräftigen, dass wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteidigen.

Auf föderaler Ebene werden die laufenden politischen Verhandlungen Auswirkungen auf unsere kollektive Zukunft haben. Die Diskussionen über die Bildung einer neuen Regierung mögen sehr komplex sein, aber für die CSC müssen sie konkrete Perspektiven für die Industrie und ihre Beschäftigten aufzeigen. Sie müssen auch gewährleisten, dass bürgernahe öffentliche Dienste für die gesamte Bevölkerung erhalten bleiben.

Wir wissen, dass die Lage in vielen Sektoren und insbesondere in der Industrie weiterhin schwierig ist. Bereits vor den Wahlen haben wir die Prioritäten der CSC festgelegt: Lohn-erhöhungen, um jedem eine Wohnung und

ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, eine fünfte Woche gesetzlichen Urlaub, um abschalten zu können, die Berücksichtigung der Schwere der Arbeit und die Stärkung der thematischen Urlaube.

Zu Beginn dieses Sozialjahres wünschen wir Ihnen, dass Sie mit Zuversicht und Hoffnung an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Wir bleiben an Ihrer Seite und laden Sie schon jetzt ein, am 16. September an der Kundgebung zur Unterstützung der Arbeitnehmer von Audi Brüssel teilzunehmen.

Solidarität, Gerechtigkeit und Entschlossenheit werden auch in den kommenden Monaten unsere Leitmotive sein.

Wir wünschen allen einen guten Start in das neue Sozialjahr!

Marie-Hélène Ska  
CSC-Generalsekretärin

## Am 28. September für den guten Zweck durch Ostbelgien radeln

© stock.adobe.com

**Sie lieben Herausforderungen und starke Emotionen im Kreise von Kollegen, Freunden und Familie? Sie wollen sich selbst übertreffen und dabei Sport, gute Stimmung, einen guten Zweck und Gaumenfreuden miteinander verbinden? Dann suchen Sie nicht weiter! WSM (Weltsolidarität) organisiert am 28. September die erste Ausgabe des „Cyclo-Choco solidaire“.**

**Z**wei Strecken werden angeboten: 60 km und 100 km. Von Verviers aus führt die 60-km-Strecke über Eupen, Raeren, Lontzen und Welkenraedt wieder zurück nach Verviers. Die 100-km-Strecke sieht eine zusätzliche Schleife durch das Herver Land vor.

Entlang der wunderschönen und hügeligen Landschaft erwarten die Teilnehmer, die in Viererteams antreten, Gaumenfreunden und Fragen rund um das Thema Schokolade. Ziel des Events ist es, 20.000 Euro zu sammeln, um die Arbeit von WSM und seinen Partnerorganisationen im Kakao- und Schokoladensektor zu unterstützen.



**Infos und Anmeldung**

